

Sozialismus und Marktwirtschaft

Ein Kommentar von Günter Giesenfeld

Dass wir im Viet Nam Kurier einen so langen Artikel über China zur Lektüre vorschlagen, soll kein Beitrag zu einem Schwerpunkt über dieses Land sein. Deswegen muss in diesem Kommentar auch nicht untersucht werden, inwiefern dieser offenbar nichtoffizielle Diskussionsbeitrag aus China die Politik der chinesischen Regierung oder Partei adäquat wiedergibt oder kritisiert, oder wie nützlich er als Erklärung dieser Politik sein könnte.¹ Für uns ist der Text deshalb interessant und im Zusammenhang mit Vietnam aufschlussreich, weil er anhand eines theoretischen Phasenmodells beschreibt, kommentiert und begründet, wie die aus Europa stammende Idee des Sozialismus aufgegriffen, angepasst und zu einer Politik geworden ist und wird, die der jeweiligen Situation und Geschichte eines asiatischen Landes entspricht.

Interessant sind dabei schon auf den ersten Blick Ähnlichkeiten des historischen Ablaufs in China und Vietnam ebenso wie Einsichten, die bei der Frage der Adaptation der Sozialismus-Idee zumeist wenig beachtet werden, wie etwa die Erkenntnis, dass die beiden großen Alternativen der modernen Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Industrialisierung, Kapitalismus und Sozialismus, sich in einem ständigen Abhängigkeitsverhältnis voneinander entwickelt haben und entwickeln, und dass ein Denkansatz, der davon ausgeht, man müsse eine eindeutige, global geltende Definition von Sozialismus voraussetzen, um zu beurteilen, inwiefern dieses oder jenes Land den „richtigen“ Weg dahin geht oder sich von diesem Weg entfernt oder reale historische Abläufe außer Acht lässt, nicht zu einer historischen Einschätzung taugt. Diese Vorstellung hat auch dazu beigetragen, dass der Begriff „Sozialismus“ im Laufe der Geschichte der beiden letzten Jahrhunderte nicht nur mehrere theoretische Bezüge zur jeweiligen historischen Realität ausdrückte, sondern oftmals auch immer abstrakter wurde und dann ganz beliebige Bedeutungen annehmen konnte oder zu einer politischen Joker-Karte und damit zu einem Stichwort wurde, das sogar zur Rechtfertigung staatlicher Unterdrückung missbraucht werden konnte.

Dass die Autoren sich bei der Beschreibung der drei Sozialismus-Phasen einer modernen Nomenklatur bedienen, ist nicht nur ein verbaler Modernitäts-Gag. Sie beziehen sich offenbar auf den Ausdruck „Industrielle Revolution 4.0“², mit dem die Geschichte der Industrialisierung in Epochen aufgeteilt und deren vorherige (vor-digitale) Stufen nachträglich in ein Entwicklungsmodell eingebracht werden. Diese Sicht bestimmt

¹ Es wäre in einem solchen Fall zu kritisieren, wie marginal das einschneidende Ereignis der „Kulturrevolution“ in der historischen Darstellung abgehandelt wird.

² Vgl.: VNK 3-4/2020 Schwerpunktthema

die Stufen vor allem mit Hinblick auf die technischen Fortschritte und ihre Auswirkungen auf die industrielle Produktion und ihre wirtschaftlichen Folgen. Sie bezieht die gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen, die damit einhergehen, allenfalls am Rande mit ein. Das mag uns daran erinnern, dass die Entstehung und Entwicklung der Industrialisierung und die Entstehung und Entwicklung des Sozialismus parallel verlaufende historische Epochen sind, in der in einem komplexen geschichtlichen Prozess „zwei globale Wertorientierungen“ in Konkurrenz miteinander standen, sich aber gleichzeitig auch gegenseitig beeinflusst haben.

Diese Einflüsse kann man in zwei Kategorien einteilen: einmal sind es Übernahmen aus Einsicht in ein besseres Modell: Dies ist der Fall gewesen, wenn Ho Chi Minh zum Beispiel davon spricht, dass die bürgerliche Demokratie eine Übergangsphase zum Sozialismus sein müsse. Zur zweiten Kategorie zähle ich solche Einflüsse, die durch politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Druck auf der jeweils anderen Seite Zwänge hervorriefen oder hervorrufen sollten, die stark oder ein Stück weit von den eigenen Wertvorstellungen oder Ideologien abweichen. Als einen solchen Fall könnte man in Europa die Situation nach dem zweiten Weltkrieg anführen, in der die beiden deutschen Staaten zunächst in Konkurrenz um ihre Daseinsberechtigung und Akzeptanz bei der Bevölkerung standen. Die Westmächte erlaubten in dieser Lage soziale Reformen, die der reinen Kapitallogik nicht entsprachen. Es entstand die „soziale Marktwirtschaft“, die der Bundesrepublik einen wichtigen, auch propagandistischen Vorsprung im Wettstreit um den Wiederaufbau sicherte. In Asien zählten zu solchen Einflüssen auch bestimmte Folgen des Angewiesenseins etwa Vietnams auf seine Verbündeten (Sowjetunion und VR China) im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus, also etwa die Übernahme von „maoistischen“ Vorstellungen bei der Landreform 1956 oder die Übernahme von sowjetischen Vorbildern der Konzentration auf die Schwerindustrie beim Nachkriegsaufbau 1975. Beide Male passierten Fehler, die korrigiert werden mussten. In dem von uns mitgeteilten Text wird versucht, vor allem diese Erkenntnis bei der Darstellung der Geschichte des Sozialismus in China anzuwenden. Ob oder wie das gelungen ist, steht hier nicht zur Debatte. Es wäre aber vielleicht sinnvoll, auch bei der Betrachtung der Geschichte des vietnamesischen Sozialismus noch umfassender zu berücksichtigen, dass diese Parallelen und die daraus entstehenden Einflüsse dazugehören.

Aus dem Text lässt sich ebenfalls leicht entnehmen, dass es Parallelen – aber nicht identische Entwicklungen – in der Politik der beiden kommunistischen Parteien Chinas und Vietnams gibt, deren Ähnlichkeiten und Unterschiede dazu beitragen können, die Einschätzung von historischen Abläufen im Bezug auf beide Länder zu erleichtern. Der zweite grundsätzliche Gedanke, der in dem Text entwickelt wird und von globaler Relevanz ist betrifft die Tatsache, dass es sehr enge historische Bezüge zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft stets gegeben hat, dass man also nicht von einer Vorstellung ausgehen kann, die Marktwirtschaft habe es in der Geschichte seit Beginn der Industrialisierung je in einer „reinen“ Form gegeben. Sie ist also historisch gesehen nie eine „Errungenschaft“ der bürgerlichen Demokratie gewesen, weil in der historische entstandenen Idee der Marktwirtschaft Elemente enthalten sind (Wettbewerb, Konkurrenz), die kapitalistische Wirtschaftsregeln spiegeln und voraussetzen. Damit wird auch weiterhin klar, dass „Marktwirtschaft“ und „Sozialismus“, egal in welcher Konstellation sie auch auftreten, im Wesenskern von einem

schwer aufhebbarer Widerspruch geprägt sind, der etwa bei jedem Versuch, im Sozialismus Marktwirtschaft einzuführen auftritt und überwunden werden muss.

Die Marktwirtschaft muss als Element gesehen werden, das in beiden Systemen – Kapitalismus und Sozialismus – eigentlich ein theoretischer Fremdkörper ist, den die jeweiligen Staaten oder Regierungen mit Bezeichnungen wie „soziale“ oder „sozialistische“ Marktwirtschaft zu integrieren versuchen, was bedeutet, dass auf beiden Seiten ein – offenbar jeweils unterrepräsentiertes – Element heimzuholen versucht wird: auf der einen Seite „sozialistische“ Einbeziehung der sozialen Auswirkungen und Defizite, auf der anderen Seite die positiven Elemente des „kapitalistischen“ Wettbewerbs. Ein Begriff wie „freie Marktwirtschaft“ ist demgegenüber ein rein propagandistischer Versuch, vergessen zu machen, dass ein Markt – jedenfalls in der Neuzeit – niemals frei sein kann³. Wenn man auf der einen Seite dazu als Beleg die kommunistischen Parteien als Regulierungsinstanz anführen kann, so auf der anderen Seite die Werbung mit ihrer mächtigen, vielfältigen Einflussnahme auf das Marktverhalten in den jeweiligen Gesellschaften.⁴

O b die Marktwirtschaft mit verschiedenen Formen des Eigentums vereinbar ist, scheint noch kaum untersucht worden zu sein. Jedenfalls ist sie aber mit dem Prinzip des Privateigentums bestens vereinbar, ja setzt dieses bis zu einem gewissen Grade sogar voraus. Nichtkapitalistische Formen des Eigentums (Staatseigentum, korporatives kooperatives oder gesellschaftliches Eigentum) sind ohne tiefgreifende Veränderungen einer Marktwirtschaft gegenüber dem historischen Modell wohl schwer vorstellbar und vielleicht, wenn man sich der Marktwirtschaft erst einmal bedingungslos geöffnet hat, auch schwer durchsetzbar. Das mit der Marktwirtschaft scheinbar untrennbare verbundene Element des Eigentums an Produktionsmitteln müsste dabei zuallererst beseitigt werden. Erst dann scheint mir der Grundwiderspruch der Marktwirtschaft beim Versuch, sie in eine sozialistische Entwicklung einzubinden, auflösbar zu sein.

³ Wenn man genau hinschaut, dann sind vielleicht noch nicht einmal die harm- und konfliktlosen Wochenmärkte in unseren Städten wirklich „frei“.

⁴ Wozu natürlich auch die Versuche des „Internet-Kapitalismus“ sowie in der Politik die des Lobbyismus gehören, das Verhalten der „Kundschaft“ durch gigantisches Sammeln von Daten zu beeinflussen.